

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstag: 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Berolts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297

Für internationale soziale Gerechtigkeit

Albert Thomas über internationale Sozialpolitik und Völkerfrieden.

Kiel, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagabend sprach in der überfüllten Aula der Universität Kiel Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, über internationale Sozialpolitik und Völkerfrieden. Der Abend war von der Gesellschaft für Sozialreform veranstaltet, und der Vorsitzende dieser Gesellschaft, Prof. Ludwig Heyde-Kiel, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, begrüßte den Vorstand sowie die Vertreter der Behörden von Reich, Ländern und Gemeinden. Auch das Reichsarbeitsministerium hatte von Berlin aus einen Vertreter entsandt.

Er begrüßte vor allem die Tatsache, daß etwa die Hälfte des Sozialen von Arbeitern besteht sei. Dann nahm

Albert Thomas

zu seinem in deutscher Sprache vorgetragenen Referat, das etwa eine Stunde dauerte, das Wort.

Es war für mich eine große Freude, hier in dieser Deutschen Gesellschaft für soziale Reform die Arbeiter, die organisierten Arbeiter, zu finden. Ohne die Arbeiterorganisationen ist das Internationale Arbeitsamt ohne Macht. Unsere Kraft beruht auf der Kraft der Arbeiterorganisationen. Ich weiß, daß die verschiedenen Richtungen der gewerkschaftlichen Bewegung hier vertreten sind, aber ich bin sicher, alle Vertreter aller Richtungen werden mir erlauben, das Gedächtnis meines alten Freundes Karl Legien zu begrüßen. (Bravo.)

Er fuhr fort, daß er den Umstand begrüße, daß gerade vor wenigen Tagen in Genf erneut eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich zustande gekommen sei. Die Aufhebung der internationalisierten Militärkontrollen sei für alle Anhänger des Weltfriedens ein großes Ereignis. Deutschland und Frankreich müssen sich weiter bemühen, die öffentliche Meinung des anderen Landes zu begreifen. Wenn wir eine solche Politik verfolgen, wenn wir versuchen, die gegenseitigen Gefühle zu verstehen, dann bin ich sicher, daß wir in Zukunft neue positive Ergebnisse für die Entwicklung der Annäherung der Völker dieser beiden guten Freunde Briand und Stresemann haben werden. (Starken Beifall.)

Im weiteren Verlaufe dieser Rede schilderte Thomas die Entwicklung des Internationalen Arbeitsamtes, das eine selbständige autonome Organisation sei, aber doch eine Einrichtung des Völkerbundes. Deutschland sei von vornherein Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes gewesen, auch als es noch nicht daran dachte, dem Völkerbund beizutreten. Auf Grund dieser Tatsache glaubte der Redner die Möglichkeit zu haben, zwischen Deutschland und Frankreich in den Zeiten der schwersten Mißverständnisse zu vermitteln. Leider wurde es darin oft enttäuscht.

Ich glaube, daß es möglich wäre, in der internationalen Organisation der Arbeit die Wege zu einer Freundschaft zu finden. Das Gegenteil trat ein. Manchmal hat die Organisation der Arbeit gelitten wegen des Mißtrauens zwischen den Völkern. Das Ergebnis dieser Erfahrung ist für uns die Überzeugung, daß es unmöglich ist, die Bewegung für den Frieden nur auf einem Gebiete zu machen. Die Bewegung muß betrieben werden auf allen Gebieten zugleich.

In längeren Ausführungen ging Thomas dann auf die beiden Streitpunkte ein, die noch heute zwischen Deutschland und dem Internationalen Arbeitsamt in einem gewissen Umfange vorhanden sind: die Frage des Personals und die Frage der Sprache. Die offiziellen Sprachen im Internationalen Arbeitsamt seien die französische und die englische. Alle deutschen Bemühungen, auch das Deutsche zur offiziellen Sprache zu erheben, scheiterten, weil dann auch Italien und Spanien ihre Sprache zur offiziellen erheben wollten. Wegen der Bedeutung der deutschen Sprache für die Arbeiter seien schon alle Publikationen, Protokolle usw. des Internationalen Arbeitsamtes in deutscher Sprache abgesetzt. Auf dieser Basis würde mit Deutschland eine Einigung zu erzielen sein.

Die Zahl der deutschen Beamten des Internationalen Arbeitsamtes sei in ständigem Wachstum begriffen, und gerade jetzt solle die Zahl wiederum um sechs erhöht werden. Die Tatsache, daß Deutschland bisher benachteiligt gewesen sei, sei daraus zu erklären, daß der deutsche Beitrag zum Internationalen Arbeitsamt während der Inflationszeit nicht höher als der Beitrag Kanadas gewesen und erst jetzt auf die Höhe des Beitrages von Frankreich gekommen sei. Diese Streitfrage könne allein nicht eine ernsthafte Verständigung zwischen Deutschland und dem Internationalen Arbeitsamt herbeiführen.

Das Arbeitsamt sei eine Friedensorganisation,

wie es auch im Versailler Vertrage vorgesehen sei. Es solle dahin wirken, daß die Arbeitsbedingungen international geregelt werden.

Der unaufrichtige Wettbewerb zwischen den Ländern auf Kosten der Arbeitskraft müsse aufhören. Auch hier seien noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Doch habe das Internationale Arbeitsamt unverbrochen bereits 214 Ratifikationen erreicht. In 20 Ländern und selbst in den größten industriellen Ländern, haben wir die Ratifikationen über das Übereinkommen für den Schutz der Frauen gegen die Nachtarbeit, für den Schutz der Kinder und auch für den Schutz der Arbeitslosen.

Schlechter steht es mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gegen den Achtfundentag.

In Frankreich, in Deutschland, in Großbritannien verzögern alle Regierungen die Ratifikation des Achtfundentages. Die Arbeitgeber bringen ihre Argumentation gegen die Ratifikation, das Vertrauen in die falschen Methoden der Ausbeutung

der Arbeiter, um die Industrie zu unterstützen, haben auch eine große Kraft. Trotzdem wage kein Land direkt zu erklären, es wolle überhaupt nicht ratifizieren. Das ist der Beweis für die Kraft der Idee der sozialen Gerechtigkeit.

An der Spitze unseres Strebens steht die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen. An der Spitze steht besonders der Ruf der Arbeiter nach Stabilität. Alle europäischen Arbeiterklassen leiden heute unter der Arbeitslosigkeit. Darum fordern die Arbeiter aller Länder eine neue wirtschaftliche Organisation, und hier handelnd einzugreifen, ist die Aufgabe der kommenden weltwirtschaftlichen Konferenz. Gerade auch auf diesem Gebiete besteht die Möglichkeit, den Völkerbund innerlich zu erneuern.

Albert Thomas schloß seine von großem Beifall begleitete Rede mit den folgenden Worten:

Ich setze mein ganzes Vertrauen in die Mitarbeit Frankreichs und Deutschlands. Archimedes sagte: Man gebe mir einen Stützpunkt und ich werde die Welt heben. Ich werde sagen, geben Sie dem Enthusiasmus der Franzosen die Wissenschaft und die Disziplin, die Fähigkeit zur Organisation des deutschen Volkes und Sie werden zusammen die Welt führen zur sozialen Gerechtigkeit und zum allgemeinen Frieden.

Etatsdebatte im Landtag.

Ein neues kommunistisches Dementi.

In der heutigen Sitzung des Landtages gab zunächst Abg. Dieck (Komm.) eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab, in der er den vom Genossen Kuitner seinerzeit im Landtag verlesenen Brief, der Anweisungen enthielt, daß Einzahlungen der deutschen Reichsmehr über Waffen- und Munitionslieferungen über New York gemacht werden sollten, als eine Fälschung bezeichnete. Der Brief rühre zweifellos von einem bekannten Fälscher her, der sich nicht einmal die Mühe gegeben habe, die in Frage kommenden Adressen genau anzusehen. Darauf wird ein Antrag, den Bau des Hanfa-Kanals betreffend, dem Hauptausschuß ohne Debatte überwiesen.

Es folgt die Besprechung des gestern vom Finanzminister Höpker-Wischhoff begründeten Etats für 1927. Als erster redet Abg. Winkler (Dnat.), der zunächst sein tiefes Bedauern über das Ergebnis der letzten Verhandlungen von Genf ausspricht. Dieses Bedauern sei auch im Rheinland und besonders in der Saarregion ganz allgemein. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Deutsche Volkspartei! Große Heiterkeit.) Der Redner spricht bei Redeabschluß noch weiter.

Hände weg von China!

Aktion britischer Arbeiterführer.

London, 15. Dezember (W.B.). Eine von mehreren führenden Mitgliedern der Arbeiterbewegung unterzeichnete Kundgebung fordert zur Bildung eines „Hände weg von China-Ausschusses“ in jeder englischen Stadt auf, um die Zurückziehung aller englischen Kriegsschiffe aus den chinesischen Gewässern und die Anerkennung der chinesischen Nationalen Republik durchzusetzen. Es heißt in dem Aufruf: Nur sofortiges und einheitliches Handeln der ganzen Arbeiterbewegung kann verhindern, daß durch die herausfordernden Handlungen des britischen Imperialismus ein Krieg heraufbeschworen wird. Die Erklärung Chamberlains im Unterhause vom 1. Dezember hat gezeigt, daß keine Gefahr im Verzuge ist. Die Zusammenarbeit besteht, auch wenn sie sich allein im Innern Chinas befinden, außer dort, wo herausfordernde Kundgebungen durch britische bewaffnete Streitkräfte veranstaltet werden.

Fortschritte der Nationaltruppen.

London, 15. Dezember. (E.P.). Die Kantonesen haben in der Provinz Tschingliang weitere Fortschritte gemacht und stehen nach übereinstimmenden Meldungen etwa 15 Kilometer von Hangschau entfernt. Sun-Tschang-feng lege Verteidigungslinien in der näheren Umgebung von Shanghai an. Seine Truppen gelten jedoch als unzuverlässig. Die Kantonesen haben weiteres Gebiet des Generals Yang-Schen im Yangtse-Tale besetzt. In Nordwestchina haben die Truppen Fungyuhshangs Fortschritte in der Provinz Hupeh gemacht.

Die Kosten des Marokkokrieges.

1,7 Milliarden Francs französischer Anteil.

Paris, 15. Dezember. (E.P.). Nach einem Budgetbericht des Senators Dumont über den Marokkokrieg kostet die Unterwerfung Abd-el-Krims Frankreich 1167 Millionen Franken. Davon müssen noch 370 Millionen vom Parlament bewilligt werden. Die Zahl an Toten und Verwundeten der französischen Armee gibt der Berichtsersteller mit 6000 von 30 000—40 000 Mann eingesetzter Truppen an.

Das Befinden des Genossen Jubel. Wie uns aus dem Urban-Frankenhaus mitgeteilt wird, ist im Befinden des Genossen Jubel keine Änderung eingetreten. Genosse Jubel ist immer noch bewusstlos. Es handelt sich um einen Schlaganfall.

Die Aufhebung des Bismarckschen Pressedekrets durch den Sejm. Beschluß hat der Rechtsausschuß des Senats ohne Änderung bestätigt.

Arbeitskämpfe in Amerika.

Die Rehrseite der Medaille.

Von Tony Sender.

Amerikas glückliche Gegenwart ist in einem vorangegangenen Artikel geschildert worden. Wie steht es um Amerikas Zukunft?

Auch die kapitalistische Wirtschaft Amerikas muß sich von dem Bestreben leiten lassen, auf immer erweiterter Stufenleiter zu reproduzieren, d. h. nicht nur den bisherigen Produktionsumfang aufrechtzuerhalten, sondern in steter Verbesserung von Technik und Organisation die realisierten Gewinne anzulegen und so die hergestellte Warenmenge stets zu steigern. Wie soll nun der Absatz stets gesteigerter Produktion gesichert sein? Die Einwanderungsgesetze, die sehr streng gehandhabt werden, unterbinden eine starke Vermehrung der Bevölkerung von außen her. Blieben nur noch zwei Auswege zur Unterbringung der vermehrten Warenmenge: Steigerung der inneren Kaufkraft durch weitere fortgesetzte Lohnerhöhungen — oder Intensivierung des Exports. Es sind eine Reihe von Anzeichen dafür vorhanden, daß man den letzteren Ausweg vorzieht. Wir wollen ganz davon absehen, daß amerikanisches Kapital in anderen Kontinenten, speziell in Europa, nicht nur als Finanz-, sondern auch als Industriekapital investiert wird. Noch viel deutlicher scheint uns die Antwort durch das Verhalten des Kapitals im eigenen Lande gegeben.

Der kürzlich in Detroit abgehaltene amerikanische Gewerkschaftskongress war gezwungen, sich mit zwei sehr charakteristischen Erscheinungen der letzten Zeit zu beschäftigen: Mit den „Company unions“ — einer intensiven Propaganda der „Neuehrer zur Bildung von „Berlagsgemeinschaften“ — und den „Injunktionen“. Es hilft also den amerikanischen Gewerkschaften nichts, daß sie einen wenig klassenkämpferischen Standpunkt einnehmen, den Unternehmern sind sie dennoch zu unabhängig; verbürgen doch die Berggemeinschaften eine bessere Klassenharmonie. Aber vor allem wird durch sie der für Arbeitskämpfe notwendige Zusammenhang zerrissen.

Daß es sich um die Verhinderung der Arbeitskämpfe handelt, das beweist noch mehr das zweite Kampfmittel der Unternehmer, die sogenannten „Injunktionen“. Injunktionen sind gerichtliche Einhaltsbefehle, die bei Arbeitskämpfen auf Antrag vom zuständigen Richter erlassen werden. Bei den Fällen, die ich dort erlebte, handelte es sich durchweg um Anträge der Unternehmer, den streikenden Arbeitern das Aufstellen von Streikposten zu untersagen. Und selbst in den Fällen, da das Streikpostenstreben ohne jede Gewalttätigkeit verlief, sind die zuständigen Richter dem Unternehmerantrag nachgegeben. Ohne jede Gerichtsverhandlung, ohne Anhören von Zeugen der Gegenseite, lediglich auf Grund schriftlicher eidlicher Zeugenaussagen, die der Unternehmer seinem Anwalt beibringt, wird das Streikpostenstreben untersagt. Und da es in der Regel den kämpfenden Arbeitern unmöglich ist, sich dem Verbot zu fügen, erfolgten täglich Massenausschreitungen; die Strafen gingen in die Hunderttausende Dollar, und Zahllose wanderten in die Gefängnisse. Gegen den Einhaltsbefehl, wie gegen die Strafen kann man freilich appellieren, aber was hilft, wenn nach langen Monaten es vielleicht zur Verhandlung kommt und die verhängten Injunktionen und Strafen nachträglich als zu Unrecht erfolgt erklärt werden sollten! Anzuweisen ist der Streik längst vorüber, eine behördliche Stelle hat einseitig zugunsten der Unternehmer eingegriffen, die Arbeiter sind aufs schwerste getroffen, in manchen Fällen der Streik dadurch zu ihren Ungunsten entschieden.

Es handelt sich hierbei keineswegs um vereinzelte Borkommissen, die Fälle der Einhaltsbefehle bei Arbeitskämpfen sind in der letzten Zeit vielmehr eine stete Praxis, ein System geworden. Die Erbitterung über diese Methode innerhalb der Arbeiterchaft ist im Steigen. Die Unternehmer aber nehmen staatliche Organe in Anspruch, um mit ihrer Hilfe die Ansprüche der Arbeiterchaft niederzuhalten.

Kann dies ohne Einfluß auf die geistige Einstellung der amerikanischen Arbeiter bleiben? Wenn auch die Arbeiter allgemein besser entlohnt sind als die europäischen, so erhält doch ein nicht unerheblicher Teil von ihnen nicht die hohen Spitzenlöhne. Die Arbeitsintensität ist doch ungeheuer stark und braucht oftmals den Menschen vorzeitig auf. Es fehlt der Grundjah der sozialen Verantwortung der Gemeinschaft. Soziale Fürsorge ist, bis auf ganz wenige Ausnahmen von Anfängen dazu in einzelnen Staaten, nicht vorhanden, eine für die Gesamtheit der Staaten geltende Sozialgesetzgebung gibt es nicht. Bei meinem zahlreichen Gefassten in Arbeiterfamilien, die von irgendeinem Mißgeschick getroffen waren, sah ich die Konsequenzen. Wieviele Familien mühten aufgrund gehen, wenn nicht private Mitleid, private Mithätigkeit eingegriffen würden! Die nächste periodische Krise der Wirtschaft, für die sich schon Anzeichen geltend machen, wird den Mangel jeder Erwerbslosenfürsorge, jeder Sozialgesetzgebung noch deutlicher fühlbar machen.

Vorboden für diese Entwicklung zeigten sich bereits bei den letzten Wahlen. Zum erstenmal seit der Prosperität der Nachkriegszeit war die sozialistischen Stimmen wieder im Ansteigen auf der ganzen Linie. Aber an den sozialistischen Stimmen allein ist die Zahl der Opponenten nicht zu messen. Wie häufig hörte ich amerikanische Wähler erklären: Welchen Zweck hat es, für die Sozialisten zu stimmen, bei dem bestehenden Mehrheitswahlsystem wird ja doch einer

der beiden bürgerlichen Kandidaten das Rennen machen und meine Stimme, wenn für den Sozialisten abgegeben, ist verloren! Daher auch die geringe Wahlbeteiligung, im Durchschnitt nicht mehr als 45 bis 50 Proz.

Dagegen zeigten mir meine sehr zahlreichen, stets gut besuchten Versammlungen vor den „Forums“, Gemeinschaften, die nur zum Zwecke freier Diskussion gebildet sind, wie erhebliche Schichten des amerikanischen Volkes im Gegenfatz zum herrschenden Regime, zu beiden bürgerlichen Parteien stehen. Und diese verschiedensten oppositionellen Elemente verlangen nach einem Sammelbecken. Wird dies die sozialistische Partei sein? Die Frage ist nicht mit Bestimmtheit zu beantworten, doch hat es den Anschein, daß die Entwicklung mehr in der Richtung gehen wird, die sie in England nahm. Mag sein, daß es eine Art Labor Party werden, möglich auch, daß sich Amerika ein ähnliches, aber den eigenen Bedürfnissen mehr angepaßte Form schaffen wird — die Einzelheiten der Form prophezeien zu wollen, wäre müßig, aber die Richtung läßt sich voraussagen.

In jedem Falle hat die sozialistische Partei, wenn sie auch klein an Mitgliederzahl ist, eine bedeutende Mission in den Vereinigten Staaten. Sie hält die Kerntruppe aufrecht, um die sich eine zahlenmäßig größere Opposition in Zukunft gruppieren wird.

Die „unpolitische Reichswehr“.

Plaudereien eines alten Offiziers.

Ein alter Offizier, der mit echtem Mannesmut seinen Namen verschweigt, polemisiert in den „Hamburger Nachrichten“ ausführlich gegen eine Reform der Reichswehr. Aus Einzelheiten des Artikels ist zu entnehmen, daß der Verfasser bis vor kurzem ein Reichswehrbataillon kommandiert hat. Natürlich will der Mann von der republikanischen Einstellung der Reichswehr nichts wissen. Das Interessanteste an seinen Ausführungen ist aber die Begründung dieses Standpunktes. Hier heißt es wörtlich:

Wir Offiziere sind nicht mehr politisch so unbeschrieben oder so einseitig beschriebene Plätter wie vor dem Kriege. Ueber die meisten von uns ist der Weltkrieg hingegangen, fast alle haben mit Bewußtsein die Revolution mitangesehen. Sehr viele von uns haben sich dann darum bemüht, aus der roten Votterbande, die eine Zeitlang das Gewand des Kriegers verunzierte, die brauchbarsten Soldaten herauszusuchen, neue Kompagnien und Regimenter zu bilden und mit ihrer Hilfe die Hooligans der Großstadt und der Industrieviertel in ihre Löcher zurückzuführen, wo sie sich seitdem selbst ruhig verhalten haben und sich auf die Entlassung von Abgeordneten zum Parlament des Deutschen Reiches beschränken.

„Rote Votterbande“ nennt dieser frühere Reichswehr-offizier diejenigen Republikaner, die sich in Zeiten der Not dem Heere zur Verfügung gestellt haben und dann wegen ihrer Gesinnung von den reaktionären Truppenführern wieder hinausgeschickt worden sind. Die Republikaner waren dazu gut, im Weltkrieg vor dem Feinde zu kämpfen. Sie sind gut, die Steuern für die Reichswehr zu zahlen und dürfen zusehen, wenn die Reichswehr unter die Kontrolle reaktionärer Verbände gestellt wird. Sie dürfen sich auch im gegebenen Falle wieder für das Reich totschicken lassen. Daß sie aber ihr Recht im Heere und auf das Heer haben sollen, das nennt man dann eine Politisierung der Reichswehr.

Wenn je mit einiger Deutlichkeit ausgesprochen werden konnte, wie die Kommandostellen der Reichswehr sich ihre Rolle im Staat ausmalen, wie sie jederzeit sich der parlamentarischen Kontrolle entziehen und einen Staat im Staate vorstellen wollen, jederzeit bereit, gegen die „Hooligans der Großstadt“ und gegen die „rote Votterbande“ ihre Waffe einzusetzen, so ist das hier geschehen. Wir sind gespannt, was Herr Wehler dazu sagen wird.

Jud Goethe?

Von Hans Bauer.

Goethe hat — sofern man das von einem Toten sagen darf — erleben müssen, daß in diesen Tagen sich der Zweifel an ihn herangewagt hat. Bezog er sich auf die Bedeutung seines Wertes, auf die Sauberkeit seines Charakters? Schlimmer: auf seine Deutschblütigkeit. Romme Nissen, ein katholischer Schriftsteller, hat zu erwägen gegeben, daß Goethes Name etwas knapp ausgefallen waren, daß seine Nase Anklänge an eine Nos aufwies, daß er den Freiheitskriegen fast mit der Uninteressiertheit des damaligen deutschen Königs gegenüberstand, daß er erotische Abenteuer einging, denen man, im Gegenfatz zu denen nordischer Elemente, auf die Spur kam, daß er sich von seinem Betreuer nicht begaunern ließ, daß jüdische Literaturfreunde ihn keineswegs ablehnten.

Wir hörten dies mit stillem Befremden. Wir waren stuhlig geworden und überprüften, in jählingen erwachtem Mißtrauen, ob unter Werthers Leiden nicht vielleicht eines zu verstehen sei, das der Jüngling sich zugezogen habe und das also eigentlich unterer Schmutzgelei solle, ob unter Faust nicht vielleicht die der Hebräer zu verstehen sei, die sie den Goyim aufs Auge sehen. Aber da prescht nun, dies vernommen, der Adoff Bartels herbei, der erste Sachverständige in großstädtischen Bescheidungsangelegenheiten berühmter Dichter, den wir jetzt denn haben, und nimmt uns jenen Stein vom Herzen, der in diesem Falle der des Antiochus ist. In souveräner Beherrschung des Stoffes leuchtet er zunächst einmal bis ins 16. Jahrhundert herunter in alle Ehebetten hinein, die an Goethe beteiligt sind. Nichts ist zu finden, außer einem Herrn Lindheimer, der uns aber sein artistisches Bild beizubringen versteht. Gleich gar nichts wollen die leichtschwungene Nase und die Haare traus für Bartels bedeuten. In bewährter Frontstellung gegen die Verfälscher des Wortumliedes reklamiert er diese körperlichen Attribute auch für Freien und andere Nordische. Ja, aber die Sinnlichkeit, fragen wir da erstaunt! Man munkelt ja mancherlei. Es geht ein Gerüde. Es sind Ausstreunungen vorhanden. Es ist ein Geklüster im Umlauf. Aber, Gottfried, Bartels weiß auch hier lange Vermutungen zu zerstreuen. Goethes notorische Geistesfreiheit mag ja etwas Verdächtigtes an sich haben, aber das wenigstens bleibt uns erspart, daß sein Leben auch zu anderweitigen, zu moralischen Beanstandungen, wie Bartels es nennt, Veranlassung gibt. Schön, er hat Freundinnen gehabt. Bartels ist das nicht verborghen geblieben, aber er würde sich als schlechten Literaturinterpret betrachten müssen, wenn er nicht tiefstürfende Forschungen über die Details des Umganges angestellt hätte, den der Dichter mit seinen Damen gepflogen hat. So kann er uns, aus der Fülle seines Wissens heraus, damit trösten, daß alles gar nicht so arg war. Wohl weiß er was auf Goethe. Es läßt sich nicht länger verheimlichen, daß dieser widerwillig politische Erwarten die inner-

Kühlmann sagt aus.

Auch er gesteht. — Belastung der Obersten Heeresleitung.

Heute steht der Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstags über die Ursachen des Zusammenbruchs seine Verhandlungen fort. Wiederum herrscht starker Andrang. Am Zeugenisch nimmt neben Dr. Michaelis der frühere Staatssekretär Dr. v. Kühlmann Platz. Wilhelm's unglückseliger Kanzler ist unansehlich von Figur, er hat eine souveränistische Miene aufgesetzt, seine Aussagen wirken unsicher. Dagegen Herr v. Kühlmann: Eine breitschulterige Gestalt, von süddeutscher Behäbigkeit, ein Mann, dem man es am Gesicht abliest, daß er auch noch als Fünfziger den Freuden des Lebens nicht abgeneigt ist. Das sind die beiden Männer, die im Spätsommer des Jahres 1917 mit Wilhelm, Ludendorff und Helfferich zusammen ihr Teil dazu beigetragen haben, daß das Reich zusammenregiert, daß das in Rom aufsteigende Friedensplängchen graulich zerstört wurde. Graf Westarp, der deutschnationale Parteiführer, begrüßt heute Herrn Kühlmann, wie er auch gestern als einziger Herr Michaelis begrüßt hatte.

Dann eröffnet der Vorsitzende, der deutschnationale Abgeordnete Philipp, die Sitzung mit einer sanften Ermahnung an die Zuhörer, während der Verhandlungen an den ihnen zugewiesenen Plätzen zu bleiben. Gestern sei es vorgekommen, daß sie bis in den Vordergrund des Saales sich vorgeschoben hätten, das dürfe nicht vorkommen, denn Ordnung müsse sein. Der Vorsitzende teilt weiter mit, daß der Zeuge v. Kühlmann über die gleichen Fragen vernommen werden soll, die gestern Herrn Dr. Michaelis vorgelegt worden sind und daß seine Aussagen unter dem Eid gingen, der schon im zweiten Unterausschuß von ihm geleistet worden sei. Es folgt ein kleines Zwischenpiel.

Der Zentrumsabgeordnete Joos legt Vermahnung dagegen ein, daß die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer heutigen Morgenausgabe die Mitglieder des Untersuchungsausschusses als voreingenommen und abweisend bezeichnet habe und daß man Herrn Dr. Michaelis nicht als Zeugen, sondern als Angeklagten behandle. Joos stellt demgegenüber fest, daß die Vernehmung des Herrn Dr. Michaelis auf dessen ausdrückliches Verlangen angeordnet worden ist. Er habe den Wunsch geäußert, Gelegenheit zu haben, sich zu den Darlegungen des Abg. Dr. Bredt vor diesem Forum zu äußern. Diesem Wunsch habe der Ausschuß Rechnung getragen. Der Abg. Dittmann (Sog.) und die anderen Mitglieder des Ausschusses schließen sich diesen Ausführungen an. Der Vorsitzende betont dann noch, daß der Untersuchungsausschuß kein Strafverfahren durchführe, sondern eine parlamentarische Kommission darstelle. Nunmehr beginnt die Zeugenaussage des Herrn Dr. v. Kühlmann.

Staatssekretär a. D. von Kühlmann:

Vor allem möchte ich eins feststellen, was der zweite Untersuchungsausschuß in seinem publizierten Konklusum festgestellt hat, allerdings in einer verhältnismäßig diplomatisch gefassten Form: Die Friedensaussichten des Jahres 1917, welche der Heilige Stuhl durch seine Note bis zu einer Verhandlungsmöglichkeit zu verbleiben hoffte, haben ihr Ende gefunden am 26. August 1917. Alles, was nachher geschehen ist, unsere Verhandlungen mit den Verbündeten, unsere Diskussion mit den Neutralen, unser Schriftwechsel mit der Kurie, unsere Arbeit im Siebener-Ausschuß, hat an diesem Refusit, das, falls überhaupt eine Friedensmöglichkeit bestanden hat, mit dem 26. August endgültig erledigt und eingefahrt war, nichts mehr ändern können.

Die päpstliche Kurie hat seinerzeit — das ist ja in den Publikationen bereits besprochen — der kaiserlichen Regierung Mitteilung gemacht von der Note, in welcher der englische Gesandte beim Heiligen Stuhl die päpstliche Friedensstundgebung bestätigte. Ich möchte konstatieren, daß der Text, wie er uns im englischen Weisbuch jetzt vorliegt, nicht vollkommen übereinstimmt mit dem Text, der der Kurie übermittelt wurde. Dieser ist höflicher und erweckt einen etwas optimistischeren Eindruck als der Originaltext, den das englische Weisbuch bringt. Das hängt wohl damit zusammen, daß der englische Gesandte, Graf Salis, selbst begeisterter Anhänger des Gedankens war, eventuell über England und die

Kurie einen Frieden herbeizuführen. Er ist, wie sich aus dem Schriftwechsel ergibt, von seiner Regierung deswegen energisch zur Ordnung gerufen worden. Der englische Gesandte hatte dem Heiligen Stuhl mitgeteilt, worüber dieser uns nachträglich erst wieder Mitteilung machte, daß auch die französische Regierung sich seinem Schritt anschleie. Daraufhin hat die französische Regierung in London den Schritt unternommen, welcher der ganzen Aktion ein für allemal ein jähes Ende bereitet hat. Auf Frankreichs Seite hat damals nie die leiseste Geneigtheit zum Frieden bestanden.

Die Folgen dieser sehr peremptorischen Intervention haben sich auch alsbald gezeigt, indem Graf Salis von seiner Regierung angewiesen wurde, jede Diskussion der päpstlichen Kurie gegenüber strikt zu vermeiden und sich bei Mitteilung von Schriftstücken auf eine Empfangsanzeige zu beschränken.

Als feinerer Wunsch des Kaisers Reichskanzler Dr. Michaelis mich aufforderte, die Leitung des Auswärtigen Amtes zu übernehmen, habe ich dem Reichskanzler kurz aber präzis meine Grundgedanken auseinandergesetzt, nämlich, daß ich die militärische, maritime und innere Situation Deutschlands so beurteile, daß ich es für unbedingt nötig hielt, sobald wie möglich zum Frieden zu kommen. Daß dieser Frieden nach den Verhältnissen nur ein ehrenvoller und für die öffentliche Meinung tragbarer sein konnte, verheißt sich von selbst.

Unter dem Zwang der Verhältnisse entwickelten sich die Dinge so, daß die Oberste Heeresleitung einen ganz außerordentlich starken politischen Einfluß ausübte und die politische Leitung ohne eine Verständigung mit der Obersten Heeresleitung an Händen und Füßen gefesselt war.

Ich habe sofort nach Übernahme des Amtes meine Ueberzeugung dahin zum Ausdruck gebracht, daß unsere Politik aktiver werden müßte, daß insbesondere festgestellt werden müßte, bevor wir in das Glend eines neuen Winterfeldzuges hineingehen, ob nicht auf Seiten der Ententemächte irgendwelche Friedensgeneigtheit bestünde. Reichskanzler Michaelis, mit dem ich stets in voller Uebereinstimmung und Harmonie zusammengearbeitet habe, stimmte mir darin bei, und es wurde der Beschluß gefaßt, durch eine geeignete neutrale Persönlichkeit, welche insbesondere am englischen Hofe und in der englischen Regierung eine besonders geschätzte und einflußreiche Stellung besaß, feststellen zu lassen, ob bei England irgendwelche Friedensgeneigtheit bestünde. Es war vollkommen klar, daß neben der esch-lohringischen Frage, welche anscheinend im Hintergrund stand, aber an Bedeutung alle anderen übertraue, der belgischen die Hauptbedeutung zukam. Um den Mittelmann nicht mit leeren Händen auf die Mission zu schicken, mußten wir ihm also die Möglichkeit geben, England verantwortlich zu lassen: Wir sind unter Umständen bereit, über Belgien zu verhandeln, und sind auch ermächtigt, die Souveränität und Integrität Belgiens bindend diplomatisch zuzulassen, wenn gewisse andere Vorbedingungen auf der Gegenseite erfüllt würden.

Nun waren aber wesentliche Teil der öffentlichen Meinung, die Marine ganz und die Oberste Heeresleitung doch im wesentlichen Belgien gegenüber anektionistisch eingestellt.

Es schwebte den Herren vor, entweder politische Annexion oder irgendein Zwischengeglied, vollkommen politische, industrielle, handelspolitische Durchdringung dieses Gebietes. Ich selbst hielt die Erreichung dieses Zieles von vornherein machtpolitisch für ausgeschlossen, hätte aber, diese Politik für falsch gehalten und bekämpft. Um mir diese Ermächtigung zu verschaffen, veranlaßte ich den vielbesprochenen Kronrat im Schloß Bellevue. Der formale Antrag der Reichsregierung, den ich im Kronrat verlas und begründete, lautete:

„Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes möge benötigt werden, auf diskretes, aber sicherem Wege sich darüber zu oergewissern, welches die Minimalforderungen der Weltmächte in bezug auf Belgien sind, und ob eine vorläufige von Regierung zu Regierung vertraulich gegebene, aber bindende Erklärung über die zukünftige Gestalt der Dinge in Belgien die

liche Blut nicht immer gebändigt hat, daß hin und wieder ein Schritt von ihm getreten worden ist — nun ja, wer stünde ohne Rafael da, wer wollte da spitterrichten! Bartels will es mit nichten, wozu kennt er schließlich menschliches Verzeihen — und er stellt vielmehr den unzweifelhaften Verfehlungen Goethes, seinen Abirrungen vom bürgerlichen Wohlverhalten, Fälle von möglicher Bejähmung seiner Sinnenlust entgegen, die ja also doch einwandfrei genug seine Christlichkeit bezeugen würden, denn welcher Jude hätte sich jemals nicht an einem Mädchen vergriffen, das in seine Reichweite kam?

Ja, dieses Bartels! Es gibts dem Romme Nissen. Es ist ein Literaturforscher von Geblüt und besitzt ja im übrigen selbst eine geistig schöpferische Ader, die geradezu als goldene anzusprechen ist. Es hat das Deutschtum Goethes gereizt und ist für seine Teutonenchre eingetreten.

Ach, wer doch auch wie Goethe so etwas unramponiert überstünd!

Kammerspiele: „Olapotrida“ von Cernet-Holenia. Ein sehr lebenswürdiger Oesterreicher schreibt einen harmanten Einakter, in dem die Blödsinnigkeit unseres Lebens entzückt gespiegelt und entlarvt wird. Es werden die eifersüchtigen Götter hinterer Nacht geföhrt und fröhlich gehört. Er werden die hübschen Damen hinter Wandschirmen und in geheimen Schatzkammern verdeckt, es entpuppen sich die Engstirnigkeit und der falsche Ehrentrommel der altösterreichischen Offiziere so lustig, daß man lacht, doch nicht gern lacht, sondern nur schmunzelt und den geistreichen Plauderer bewundert. Dieser Einakter wird von Maria Dosta, Urmilla Heil, Berti, Halooant, Rudolf Forster, Eugen Jenken, Paul Hörbiger, Hubert v. Weyerling und Oskar Sachs hervorragend und ganz in leichter Komödienart heruntergespielt. Der Bijz funkelt und zwitschert. Die Komödie ist ein Zwittler zwischen Literatur, Operette und Schwanz. Der Verfasser, den Franz Diebold in Frankfurt mit dem Kleist-Preis auszeichnete, kennt das Theater. Er hat sich seine besondere Theorie über das Theater zurechtgelegt. Die Theorie ist sehr einfach, einleuchtend: Wirkung, Wirkung auf jeden Fall! Cernet-Holenia ist außerdem ein Weltmann, der keine kleine Welt gut kennt und seinen Damen und Herren die hübschesten Pointen in den Mund legt.

Der junge Oesterreicher will mit seinem Einakter jedoch einen ganzen Abend füllen und schreibt nun noch einen Epilog, der in den festbaren Anlauf eine Art Ueberstin bringen soll. Es wird also gezeigt, wie die Schauspieler, die eben auf der Bühne die kleinen und lächerlichen Leidenenschaften gezeigt haben, in dem großen Weltplan als ergriffene Karren hineingeboren sind. Der Lustspielmacher, der sich ganz gut im Aktlog austannde, braucht als Führer zur höheren Sphäre einen literarischen Bordenmann. Er wählt Pirandello und andere, also Virtuosen, die Wirklichkeit und Traum durcheinanderwirfeln. Dieses Gemisch führt eben den Namen „Olapotrida“, der Name soll eine Suppe aus sehr viel Gemüsen und Spezereien bedeuten. „Olapotrida“ ist danach etwa Birrmoor, Raddelmuddel, Wischmasch. Dieser Raddelmuddel ist österröichisch. Es plätschert eine Ironie, die nicht ernst nimmt. Im Durcheinander noch die Wehmüt, das

goldene Gemüt und die leise Träne. Wie komisch ist z. B. dieser Komiker Doktor Sachs, der uns aus Wien befaßt, und in jeder Komödie einen Diener spielt. Bei diesem Komiker wird die Dummheit zur Weisheit und die Frechheit zur Grazie. R. S.

Aufführungen des Künstlerdiensts. In dem „Großen Saal“ Neue Grünstraße fand gestern Abend die erste Theateraufführung, die der „Künstlerdienst“ veranstaltete, statt. Man spielte „Der Kneemann aus Böhmen“ und „Panjelot und Sanderein“, zwei Stücke aus dem fünfzehnten resp. sechzehnten Jahrhundert. Die Darsteller waren engagementslose Schauspieler, denen die Einnahme des Abends zufiel. Schon einige Male hat man sich in Berlin an einem Theater der Engagementslosen versucht und ist gescheitert. Nun will der „Künstlerdienst“ nicht etwa ein internes Theater gründen, sondern möchte auch mit diesen Aufführungen die große Rolle der Theaterbesucher interessieren. Mit gutem Willen ist es aber nicht getan, wenn Regie und überragende Gestalten fehlen. Die Bühne ist äußerst primitiv, und von Regie ist keine Spur zu merken. Jeder spielt, wie es ihm gerade einfällt. Der ganze architektonische Bau des „Kneemanns aus Böhmen“ geht verloren, man biegt lieb und herben, straff komponierten Dialog ins Sentimentale um. Der Tod benimmt sich etwa wie ein Biedermann, dabei ist der Schauspieler nicht schlecht. Aber es fehlt ein einheitlicher Stil, es fehlt eine Regie, die über Initiatioe verfügt. In diesem besser gelang „Panjelot und Sanderein“. Egon Wallburg, der Darsteller des Panjelot, ist unter guter Regie bestimmt ein brauchbarer Schauspieler, so aber gerät er ins Arienfingen. Wenn der Künstlerdienst irgendwelche ernsthafte Hilfe den engagementslosen Schauspielern bieten will, so muß er sich zuerst einen Regisseur verschreiben, sonst kann er kaum auf nennenswerte Erfolge künstlerischer oder pekuniärer Art rechnen.

Dünner als Spinnweben. Bisher benutzte man bei mikroscopischen Messungen mit optischen Instrumenten als dünnste Fäden die der Spinnweben, die nur 0,006 bis 0,004 Millimeter Durchmesser besitzen. Es war nämlich nicht möglich, aus Metall dünnere Fäden als 0,028 Millimeter starke Silberdrähte herzustellen. Jetzt in es aber gelungen, wie in „Reckmans Unioferum“ mitgeteilt wird, Fäden mit einem Durchmesser von nur 1 Mikron, d. h. 1/100000 Millimeter, zu erzielen. Zu diesem Zwecke wird das zu verdünnende Drahtstückchen in eine Elektronenröhre gespannt und durch Zuführung von hochgespanntem Strom bis zur Weißglut erhitzt. Durch Abspaltung von Teilchen verringert sich die Masse des Drahtes soartig, daß sie schließlich die Dünne von 1/100000 Millimeter erreicht. Die Herausnahme des Fadens muß allerdings vorsichtig geschehen, da er nur noch 1/100 so stark ist wie Spinnweben.

Die Uraufführung der „Drei Schwestern“ im Schillertheater, die sie heute angeht war, muß wegen Erkrankung einer Darstellerin auf nächsten Dienstag verschoben werden.

Volkshöhe. Die Uraufführung der Komödie „Salpöne“ im Theater am Falkenberg wurde auf Mittwoch, den 22. 7., Uhr, verlegt. Die Titrolle spielt Albert Steuhschütz, den „Mosca“ Alexander Granach.

Maria und Josef Plant geben Donnerstag, 27. Uhr, im Saal des Stadetheaters, Kurfürstent. 115/116, einen Vortragsabend.

Eröffnung von Friedensverhandlungen unmittelbar zur Folge haben würde.

Der Kronrat hat also der politischen Leitung nicht unbedingt freie Hand gegeben, sondern nur für den Fall, daß diese Erklärungen unmittelbar zu Friedensverhandlungen führen. Diese Einschränkung hat ja auch ihr Echo gefunden in dem

Briefwechsel zwischen Dr. Michaelis und dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Diesen Schriftwechsel habe ich erst Jahre nachher kennengelernt, weil der Reichsanwalt ihn für rein privat hielt. In diesem Schriftwechsel unterstreicht der Feldmarschall die Bedingtheit der politischen Zusage, indem er sagt, die Zustimmung der Obersten Heeresleitung gelte nur, wenn bis zum Herbst damit eine Friedensverhandlung eingeleitet sei.

Die Oberste Heeresleitung hat sich auch später absolut abweichend von den Bellevue-Beschlüssen wieder auf annektonistische Pläne eingestellt.

weil sie meinte, die Beschlüsse hätten nur für das laufende Jahr Geltung gehabt, ein Gesichtspunkt, den wir im Auswärtigen Amt nicht teilten.

Der neutrale Vertrauensmann wurde sofort informiert, hat auch Versuche unternommen. Diese Schritte haben aber nur zu dem negativen Erfolg geführt, daß eine Friedensbereitschaft auf der gegnerischen Seite als nicht vorhanden festgestellt wurde. Für uns war die Behandlung der päpstlichen Note im großen ganzen zwangsläufig. Wir mußten uns in erster Linie auseinandersetzen mit unseren Bundesgenossen, in zweiter Linie mit der Obersten Heeresleitung, mit dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem preussischen Staatsministerium und selbstverständlich auch vor allem mit dem Reichstag.

Das erste versuchsmäßige Stadium der Zusammenarbeit mit dem Reichstag war der Siebenerausschuß. Wir schwebte vor, daß man stufen- und schrittweise zu einer parlamentarischen Regierung kommen müsse, indem der eine oder der andere Minister im Parlament verankert sein müsse.

Auf Anregung des Zeugen gibt der Vertreter des Auswärtigen Amtes an, daß es einem diplomatischen Brauche entspricht, daß Dokumente, die während eines Krieges mit neutralen Mächten ausgetauscht worden sind, nur mit Genehmigung der beiderseits beteiligten Mächte veröffentlicht werden dürfen. Die hier in Frage kommende neutrale Macht habe bisher diese Gepflogenheit streng gewahrt. Das Auswärtige Amt wüßte daher, daß der bisher noch nicht bekannte Schriftwechsel mit der neutralen Macht auch weiterhin vertraulich behandelt wurde.

Vorliegender Abg. Dr. Philipp (Dnat.) erklärt, was in der Literatur siehe, könne selbstverständlich auch hier als Verhandlungsgrundlage benutzt werden, so das Buch des Professors Bredt, die Ausführungen des Ritters v. Loma usw.

Zeuge Kühmann betont, daß die Ausführungen des Ritters v. Loma vielfach durchaus phantastisch seien. Der Reichsanwalt v. Hertling hat mir, so führt der Zeuge fort, die Federführung des Auswärtigen Amtes übertragen. Staatsrechtlich war der Kanzler der Verantwortliche.

Intellektuell und vor der Geschichte bin ich gern bereit, die volle Verantwortung für die ganze Tätigkeit des Auswärtigen Amtes in jener Zeit zu übernehmen.

Die ganzen Verhandlungen sind damals — abgesehen von meiner gesamten Einstellung und meiner Konfession — mit einer stählernen Sachlichkeit geführt worden. Die Behauptung des Gegenteils ist vollkommen unhistorisch. — Neben dem offiziellen Schriftverkehr mit der Kurie fand aber wohl ein durch viele Kanäle gehender Meinungsaustausch statt. Die Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhle und der deutschen Regierung waren freundschaftliche. Neben der ganz offiziellen Korrespondenz liefen wohl halboffizielle, vertrauliche und private Korrespondenzen einher. Wie auch die Sozialdemokratische Partei ein weitverzweigtes Netz von Beziehungen zwecks Ausnutzung von Friedensmöglichkeiten unterhielt, so bestand auch nach der Seite der katholischen Kirche hin ein solches Netz privater Korrespondenz.

Staatssekretär v. Kühmann hält es für notwendig, den bisher nicht veröffentlichten vollständigen Wortlaut des an Runius Pacelli gerichteten Briefes vom 24. September zu verlesen, der die Grundzüge des Gutachtens von Dr. Bredt bildet. Der Brief wird darauf verlesen.

Kühmann fährt fort: Wie mußten das Vertrauensverhältnis zur Kurie unbedingt respektieren auch dem Siebenerausschuß gegenüber. Wir hätten von der Kurie niemals die Genehmigung erhalten, das, was sie uns vertraulich mitteilte, an den Siebenerausschuß weiter mitzuteilen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß nichts geheim bleibt, was ein irgendwie größerer Kreis erfährt. Auch das allerhöchste Hauptquartier hat in dieser Hinsicht keine Gewähr. Damals dürfte niemand erfahren, daß wir der Kurie den Entwurf unserer Antwortnote vorgelegt und um ein Gutachten über diesen Entwurf ersucht hatten. Dadurch hätte ja die Kurie erfahren, wie vertraut unsere Beziehungen zur Kurie waren, deren Friedensbemühungen dadurch hoffnungslos kompromittiert gewesen wären. Der Brief vom 24. September war von mir im Einvernehmen mit dem zuständigen Referenten, der jetzt deutscher Gesandter beim Vatikan ist, verfaßt worden. Ich war dabei an das Mandat gebunden, daß der Kronrat der politischen Reichsleitung gegeben hatte, nämlich Erklärungen über Belgien nur dann zu machen, wenn festgestellt sei, daß sie zu direkten Verhandlungen führen könnten. Darüber durfte ich nicht hinausgehen, ohne meine Vollmachten zu überschreiten.

Was die Aktion in der Richtung nach England betrifft, so hatte unser Bevollmächtigter das Mandat volle Souveränität und Integrität Belgiens zu garantieren, wenn sicher war, daß sich dann als Folge eine Erklärung der Gegenseite ergeben würde, die die Integrität des Gebietes Deutschlands und seiner Verbindungen festlegte und zusicherte, daß nach dem Krieg kein Handelskrieg geführt werden sollte.

Am Schluß der Sitzung trat Genosse Scheidemann der Behauptung des Herrn v. Kühmann entgegen, als ob er in seinen Aufzeichnungen die Unterredung mit dem Staatssekretär falsch wiedergegeben habe. Er stellte fest, daß diese Aufzeichnungen sofort nach dem Verlassen des Raumes vorgenommen wurden, in dem die Besprechung stattfand.

Die Weiterbefragung des Zeugen wurde gegen 1/2 Uhr auf morgen vormittag vertagt.

Sowjet-Flugzeuge.

Wozu sie benutzt werden.

Als die Beziehungen der Reichswehr zu den Junkers-Werken in Rußland aufgedeckt wurden, schrieb die „Rote Fahne“ nur eine Flugzeugfabrik. Einige Tage später konnte man lesen: Sowjetgranaten und Sowjetflugzeuge seien nicht Mittel des Bürgerkriegs.

Wirklich nicht? Am 8. Mai 1925 äußerte sich die „Krasnaja Swesda“, ein den militärischen Kreisen Sowjetrußlands nahestehendes Blatt über die Verwendung von Sowjetflugzeugen. Sie erzählte, wie man von Sowjetflugzeugen, die von Sowjetfliegern gelenkt wurden, Sowjetbomben auf die aufständischen Untertanen des persischen Schahs herabgeworfen habe! Zur Beruhigung seines kommunistischen Gewissens wies das offizielle Blatt darauf hin, daß die Bomben allerdings nicht von Russen, sondern von persischen Offizieren geschleudert wurden!

Über die Russen hatten Flugzeuge, Bomben und Piloten geliefert!

Das Straßenbahnunglück in Tempelhof.

Funktionierte die Bremse?

Vor dem erweiterten Schöffengericht Tempelhof begann heute früh unter einem großen Aufgebot von Zeugen der Prozeß gegen den Straßenbahnschaffner G., der angeklagt ist, bei der Ausübung seiner Tätigkeit nicht aufmerksam genug gewesen zu sein, und dadurch Menschenleben gefährdet zu haben.

Es handelt sich um das Straßenbahnunglück am 7. Juli 1926. Der Wagen der Linie 199 E hatte den Deutschen Ring passiert und bewegte sich gegen 6 Uhr 30 Minuten mit großer Geschwindigkeit über die Berliner Straße zur Paradedstraße. Vor ihm hatte sich eben erst von der Haltestelle Ede Paradedstraße der Wagen der Linie 96 in Bewegung gesetzt. Der Wagen 199 E fuhr mit aller Macht in den Wagen der Linie 96 hinein. Infolge des Zusammenstoßes der beiden Triebwagenzüge wurden fast sämtliche Scheiben zertrümmert. Sechs Personen trugen durch Glasplitter schwere Verletzungen und elf weitere Fahrgäste leichtere Verletzungen davon. Zehn von den Verletzten mußten sofort in das Urban-Krankenhaus übergeführt werden, einige von ihnen konnten erst nach längerer Zeit als geheilt entlassen werden. Der Angeklagte, ein ansehender recht nervöser Mann, macht einen stark eingeschüchterten Eindruck. Bis zum Augenblick des Unglücksalles war er erst fünf Monate als Schaffner beschäftigt. Seine Ausbildung ging wie üblich vor sich, seine Eignungsprüfung hatte er gut bestanden. Er erklärt, bereits vor dem Ergebnis recht nervös gewesen zu sein und an Zittern gelitten zu haben. Zur Anklage selbst sagt er aus, daß er die Haltestelle Deutscher Ring überfahren habe, da kein Haltesignal gegeben worden sei. Hier habe er auch schon den Strom ausgeschaltet. Er habe auch beabsichtigt, eventuell die Haltestelle Ede Paradedstraße zu überfahren, da erfahrungsgemäß hier weder ein

noch ausgestiegen wird. Als er etwa 60 Meter vor sich den Wagen der Linie 96 erblickte, habe er schnell den Strom eingeschaltet, um die Strombremse in Tätigkeit zu bringen. Sie habe aber nicht funktioniert. Da zog er schnell das Sandsteuer, aber auch dieses sei seiner Ansicht nach nicht in Ordnung gewesen. Im letzten Augenblick drückte er nun mit beiden Händen und mit aller seiner Kraft auf die Handbremse. Die beiden überfüllten Triebwagen bedeuteten aber für die Handbremse eine zu große Last. Sie übte nicht die nötige Wirkung aus und so fuhr er in den Wagen 96 hinein. Der Angeklagte erklärt sich für unschuldig und glaubt, daß an dem Wagen irgendetwas nicht in Ordnung gewesen sein müsse. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten entgegen, daß sofort nach dem Unglück der Wagen geprüft und in voller Ordnung gefunden worden sei. Außerdem habe ja der Angeklagte selbst bei der polizeilichen Vernehmung gesagt, daß er nicht stromfrei gefahren sei und eine große Geschwindigkeit entwickelt habe. Der Angeklagte beruft sich auf die große Aufregung, in der er bei der polizeilichen Vernehmung, die schon eine Stunde nach dem Ereignis erfolgt sei, sich befunden habe. Die erste Zeugin, die als Fahrgast neben dem Schaffner gestanden hat und Quetschungen davongetragen hat, von denen sie erst nach acht Wochen genesen ist, sagt aus, daß der Angeklagte mit aller Macht zu bremsen versucht habe. Ueberraschend wirkt ihre Behauptung, daß der Zusammenstoß erfolgt sei, als der vorausfahrende Wagen der Linie 96 auf ein Klingelzeichen hin plötzlich wieder stehen geblieben war. Sie glaubt, daß Fahrgäste noch ein- oder aussteigen wollten. Bei ihrer polizeilichen Vernehmung hat die Zeugin nichts Bestimmtes gesagt. Sie will aber dem Straßenbahnvertreter gegenüber die gleiche Aussage gemacht haben. Es hat den Anschein, daß die Verteidigung sich im allgemeinen auf die Unzulänglichkeit der Strombremsen berufen wird. Die Verhandlung dauert an.

Albert Kohn.

Heute früh ist der Genosse Albert Kohn, der langjährige frühere Vorsitzende der Ortskrankenkasse Berlin, nach kurzem Krankenlager verstorben. Er hatte am 8. Oktober sein 69. Lebensjahr vollendet. Albert Kohn trat am 20. Oktober 1893 in die Dienste der damaligen Ortskrankenkasse für Handlungsgehilfen in Berlin und hat von dieser Stelle aus mit großer Laetraft und weitem Blick dafür gesorgt, daß die Krankentassen mehr und mehr ihren sozialpolitischen Aufgabenkreis erweiterten. Er war der Vorämpfer der Sozialversicherung. Seiner unermüdbaren Propagandatätigkeit für diesen Gedanken im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ist es zu danken, wenn heute die Krankentassen in umfassender Weise sich sozialhygienisch betätigen. Besonders wirkungsvoll ist Albert Kohn auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge tätig gewesen. Viele Jahre hindurch hat er, immer im Kampfe mit der Verwaltungsbürokratie und den Hausbesitzerorganisationen stehend, als Geschäftsführer der Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin Wohnungsfragen veranlaßt, die für die Verbesserung des Wohnungswesens der Großstädte außerordentlich anregend wirkten. Es war daher selbstverständlich, als durch das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eine große Anzahl Berliner Ortskrankentassen sich zur Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin vereinigten, daß Albert Kohn am 1. Januar 1914 der erste Direktor dieser Kasse wurde. Auch dem Vorstande des Hauptverbandes deutscher Krankentassen gehörte Albert Kohn seit Jahrzehnten bis zu seinem Tode an. Er war gerade damit beschäftigt, eine Geschichte der deutschen Krankentassenorganisation zu schreiben. Leider hat er diese wertvolle kulturhistorische Arbeit nicht mehr vollenden können. Albert Kohn war auch seit seiner frühesten Jugend Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und hat in der gewerkschaftlichen Bewegung der Handlungsgehilfen immer an hervorragender Stelle mitgewirkt. Sein Andenken wird von allen in Ehren gehalten werden.

Aus wirtschaftlicher Not.

Der in dem Hause Martin-Luther-Straße 44 zu Schöneberg wohnende 40jährige Kaufmann Willi Grundke und dessen nur zwei Jahre ältere Ehefrau Franziska verüben in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas. Frau Grundke hat in dem ebengenannten Hause einen Damenhuftalon; an den Geschäftsraum schließt sich unmittelbar die Wohnung an. Gestern vormittag fiel es Hausbewohnern auf, daß der Laden um 11 Uhr noch immer geschlossen war. Man legte dem aber keine besondere Bedeutung bei. Durch einen Zufall wurde die Ehefrau die gegen 11 Uhr entdeckt. Ein Vollziehungsbeamter, der auf wiederholte Klopf- und Klingelzeichen keinen Einlass erhielt, ließ die Wohnung öffnen. In dem mit Leuchtgas angefüllten Schlafzimmer wurde das Ehepaar in den Betten liegend leblos aufgefunden. Drei in demselben Zimmer befindliche Hunde zeigten keinerlei Vergiftungserscheinungen. Die Feuerwehr stellte lange Zeit hindurch Wiederbelebungsversuche an. Während sie bei dem Mann von Erfolg gekrönt waren, gelang es nicht, die Frau ins Leben zurückzuführen. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und in das Schaubaus geschafft. Grundke mußte in das St. Robert-Krankenhaus geschafft werden, wo er sehr bedenklich daniederliegt. Das Motiv der Tat war wirtschaftliche Not.

Einen schweren Verlust hat unsere Parteibewegung in Dahlwih-Hoppegarten erlitten. Am Montag den 13. Dezember, abends, machte der Krankenlastenangehörte Robert Köhler in seiner Wohnung in der Siedlung Birkenstein bei Hoppegarten im 45. Lebensjahr seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Die Partei somohl wie auch die Genossenschaftsbewegung verlor in dem Verstorbenen einen der tüchtigsten und fleißigsten Mitarbeiter am Ort. Besonders leidet unter diesem Verlust die Siedlungs-genossenschaft Birkenstein bei Hoppegarten, da Köhler im Aufsichtsrat dieser Genossenschaft von ihrer Erbauung an bis zu seinem Tode mit kurzer Unterbrechung im Interesse der Bekämpfung der Wohnungsnot tätig war. Das Motiv zu seiner Tat ist nicht bekannt.

Eine Uhr zuviel . . .

In eine geheimnisvolle Geschichte die Schöneberger Kriminalpolizei schon seit längerer Zeit Licht zu bringen. Daß jemand von einer ausgedehnten „Bierreise“ ohne Uhr nach Hause kam, geschieht nicht selten. Daß aber ein solcher Zeiger außer der eigenen auch noch eine kostbare fremde Uhr mitbringt, ohne zu wissen, woher er sie hat, steht bisher wohl einzig da. Vor vier Wochen, am 13. November, passierte es einem Herrn aus Schöneberg. Der fühlte, als er von einer ausgedehnten „Tour“ heimkehrte, in seinen Taschen eine wertvolle fremde Uhr, ohne zu wissen, wie er zu ihr gekommen war. Die Uhr ist als verloren oder gestohlen nirgends angemeldet worden. Der Schöneberger Herr hat mit allen möglichen Mitteln versucht, ihren Eigentümer ausfindig zu machen, aber vergeblich. Auch ein Zeitungsinserat blieb erfolglos. Der Herr glaubt, zuerst irgendwo in Moabit in einer Gaststätte gewesen zu sein, weiß es aber nicht sicher. Weil man bisher eine andere Erklärung nicht finden konnte, so rechnet man sogar mit der Möglichkeit, daß er in sinnloser Betrunkenheit oder in posthypnotischem Zustande ein Verbrechen begangen hat. Jedenfalls wäre eine Aufklärung sehr erwünscht. Es handelt sich um eine goldene 14karätige eiserne Remontouruhr mit Sprungdeckel und der Nummer 303 715. Angaben zur Ermittlung des rechtmäßigen Eigentümers nimmt der 1. Bezirk der Kriminalinspektion Schöneberg in der Göttenstraße 19 entgegen.

Abwässerbeseitigung in Großstädten.

Im Architekten- und Ingenieurverein sprach der städtische Oberbaudirektor Langbein über Abwässerbeseitigung in Großstädten. Die Beseitigung von Abfällen und Abwässern stellt den Großstädten außerordentliche Aufgaben, deren Bewältigung immer schwerer wird. In Berlin wurden täglich 4000 Kubikmeter Müll abgefahren und täglich 600 000 Kubikmeter Abwasser fortgeleitet werden. Dabei entstehen immer wieder neue Fragen, die neue Lösungen fordern. Hierher gehört z. B. die Frage der Entwässerung von Autogaragen, aus denen Benzin in das Entwässerungsröhrnetz gelangen kann, so daß Benzinger explosionsunfähig sind. Auch die Entwässerung von Hochhäusern wird Schwierigkeiten schaffen, weil die aus solchen Haustoiletten kommenden Abwässermengen dazu nötigen könnten, die Rohrleitungen zu erweitern. Langbein betonte auch die Bedeutung der Entwässerungsanlage für die Siedlungen, die jetzt in der Umgebung der Großstädte in immer größerer Zahl entstehen und für eine mit Großstadtansprüchen hinausgehende Bevölkerung bestreut sind. Wie solche Siedlungen entwässert werden können und müssen, darüber sollte man sich Klarheit schaffen, noch ebe der Bebauungsplan festgelegt wird. Sonst kann man hinterher kein Wunder erleben, wie teuer so eine Entwässerungsanlage wird, deren Kosten für eine auf Flachbau eingestellte Siedlung manchmal geradezu untragbar sind. Die Abwässer auf dem Gartenland unterzubringen, ist nur dann möglich, wenn die Fläche hinreichend groß ist und die Grundwasserhältnisse das erlauben. Eingehend behandelte der Redner die ganz neuen bautechnischen Aufgaben, die bei der Großstadtentwässerung durch den Bau von Untergrundbahnen entstanden sind. Durch die Untergrundbahntunnels wird nicht nur der Raum unter den Straßen beschränkt, sondern oft werden durch sie auch die Abwasserkanäle durchschnitten, so daß der Tunnel als Entwässerungsschleife wirkt und völlige Umfanalisierung nötig wird. In engen Straßen mit Untergrundbahntunnels muß man, um die Abwässerleitungen neben dem Tunnel her, über ihn hinweg oder unter ihm hindurch weiterführen zu können, oft sehr schwierige bautechnische Kunststücke zustande bringen. Der Vortrag erläuterte seine Ausführungen über die Fohrnenanlage sowie über die Unterbringung der Abwässer auf Kielesfeldern an dem Beispiel Berlins mit vielen lehrreichen Lichtbildern.

Zur Förderung des Milchverbrauchs.

Der Umstand, daß der Verbrauch von Milch und Milchzeugnissen in Deutschland noch nicht die Höhe erreicht hat, die den Bedürfnissen der Volksernährung und den Produktionsmöglichkeiten entspricht, hat den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Veranlassung gegeben, einen Reichsausschuß zur Förderung des Milchverbrauchs (Reichsmilchsausschuß) ins Leben zu rufen. Dieser Ausschuss zeigte im Pangenbe-Birchow-Haus in der Luisenstraße vor geladenen Gästen, welchen Weg er zu beschreiten gedenkt. Minister Dr. Haslinger begrüßte die Erschienenen. Ein Propagandafilm, der vorgeführt wurde, machte auf die Bedeutung der Milchproduktion in der Volkswirtschaft aufmerksam. Der Umwandlungsprozeß in Kalorien ist bei der Milch ein besserer als bei anderen Lebensmitteln und die Umstellung der Landwirtschaft auf Milchgewinnung lohnender, weil ein schneller Umschlag des Kapitals stattfindet. In seinem zweiten Teil macht der Film mit der Gewinnung der Milch vertraut, im dritten Teil mit ihrer Verwertung. Man erhält dabei einen Einblick in moderne Molkereibetriebe, wundert sich aber, daß es im Maschinenzeitalter immer noch soviel Handbetrieb bei der Herstellung von Lebensmitteln gibt. Wenn aber auf den viel stärkeren Verbrauch von Milchprodukten in anderen Ländern, besonders in Amerika, hingewiesen wird, so ist doch zu bemerken, daß dort auch die Entlohnung der Arbeiter eine bessere ist, und wenn die Landwirtschaft mit der Propaganda hier einsehen würde, könnte der Volksernährung der beste Dienst geleistet werden. „Menschens Zeitung“ nennt sich ein kleiner Trickfilm, der ein Appell für Verabreichung von Frühstücksmilch an die Schulkinder ist.

Die Ziehung der Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt, deren Lose schon vor Tagen bis auf einen verschwindenden Rest verkauft waren, findet bestimmt am 18. und 20. Dezember im Dienstgebäude der Preussischen Generaldirektion Berlin, Karlgrafenstr. 30, statt. Die Einschüttung der Lose erfolgt am 18. Dezember vormittags 10 Uhr. Die Ziehung schließt sich unmittelbar an.

Attentat auf ein Linienschiff.

Das Werk eines Geistesgestörten.

Auf dem Linienschiff „Schleswig-Holstein“ hat ein Feuerweckeratom in einem Anfall geistiger Umnachtung, die durch übermäßigen Alkoholgenuss verursacht wurde, versucht in einer Munitionskammer des Schiffes Feuer anzulegen, nachdem er die ordnungsmäßigen Verschlüsse der Kammer erbrochen hatte. Das Feuer konnte mühelos gelöscht werden. Jemand eine Gefahr bestand nicht. Der Unteroffizier wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes dem Lazarett überwiesen. Außerdem wurde gegen ihn ein Gerichtsverfahren eingeleitet.

Zu dem Zwischenfall auf dem Linienschiff „Schleswig-Holstein“ teilt das Reichswehrministerium noch mit, daß der Unteroffizier nach seinem Versuch in der Munitionskammer Feuer anzulegen, sich selbst ins Wasser stürzte und in seiner Trunkenheit wahrscheinlich zugrunde gegangen wäre, wenn er nicht durch einen Offizier und einen anderen Unteroffizier gerettet worden wäre.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Der Widersinn des Mehrarbeitsabkommens.

Im Vordergrund aller Erörterungen steht zurzeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Frage der Beseitigung der Bergarbeiter im Jahre 1923 aufgezwungenen 9- bzw. 12stündigen Arbeitstages. Demnach begründeten die Arbeitgeber ihre Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit als „volkswirtschaftliche Notwendigkeit“. In Wirklichkeit wollten sie eine möglichst hohe Rentabilität auf Kosten niedriger Löhne und langer Arbeitszeit erzwingen.

Rebender glaubten die Arbeitgeber aber auch die Zeit für gekommen, den lästigen Tarifvertrag mit den Gewerkschaften loszuwerden. Die Zeit war günstig. Die Inflation hatte auf die Gewerkschaften zermürbend gewirkt, und so wollte man die Gelegenheit zur Durchführung wirtschaftsreaktionärer Pläne benutzen. Vor allem ging es um die Beseitigung des verhassten Achtstundentages. Die Unternehmer ließen am 21. November 1923 in der „Bergwerkszeitung“ erklären:

„Wie wir auch die Frage des Achtstundentages betrachten und von welcher Seite wir sie auch beleuchten mögen, eins geht unzweifelhaft hervor: das gegenwärtige Schema ist der Ruin unseres Volkes. Wir müssen an den Ausbau des Achtstundentages gehen. Gelingt es nicht, so wird die Bergbauindustrie in die Hände der Staatlichen Verwaltung übergeben, und es wird die Bergbauindustrie in die Hände der Staatlichen Verwaltung übergeben, und es wird die Bergbauindustrie in die Hände der Staatlichen Verwaltung übergeben.“

Unter Mitwirkung des Arbeitgeverbundes wurde die Öffentlichkeit durch die Presse bearbeitet und den Arbeitern vorgemacht, daß sie bei längerer Arbeitszeit mehr verdienen könnten; daß es ihnen bedeutend besser gehen würde, wenn sie sich von den „roten Verbänden“ loslösten. Dabei wurden die Gewerkschaften maßlos beschimpft und ihren Führern „beabsichtigter Volksruin“ zum Schanden der Arbeiter vorgeworfen.

Ueber die brennendste Frage, was aus den durch die Arbeitszeitverlängerung arbeitslos gewordenen Bergarbeitern werden sollte, gingen die Herren mit der Phrasen hinweg, längere Arbeitszeit bedeute Verbilligung der Kohle, damit Belebung der Industrie und die belebte Industrie könne dann die Arbeitslosen aufnehmen.

Die Gewerkschaften haben die Folgen voraus und lehnten jede Mitwirkung an einer Arbeitszeitverlängerung ab. Und nun gingen die Arbeitgeber unter Tarifbruch zum offenen Kampf über. Unter brutalem Druck, bewußt unmahren Versprechungen und unter an Erpressung grenzenden Manövern wurde einer großen Anzahl von Arbeitern unterschrieben

das Einverständnis mit einer Arbeitszeitverlängerung abgeklippt, und mit dieser Art „Dokumenten“ der Öffentlichkeit und den Behörden „der wahre Wille“ der Bergarbeiter dargelegt.

Es gelang den Arbeitgebern, ein paar alte Bergleute als Arbeitnehmer beizubringen, die in die Schlichterkammer aufzutreten, die der Situation jedoch völlig fremd gegenüberstanden und sich der Tragweite der ihnen vom preußischen Handelsministerium übertragenen Aufgabe gar nicht bewußt sein konnten. Gerade darauf kam es den Arbeitgebern an. Die Nachprobe gelang.

Das Reichsarbeitsministerium, dessen Stellungnahme die Arbeitgeber vor ihrem Angriff erkundet hatten, leistete durch einen verbindlich erklärten Schiedsrichter Waffenhilfe gegen die Bergarbeiter.

Die lange Arbeitszeit wurde den Bergarbeitern mit dem Troste aufgezwungen, daß es sich

„nur um eine vorübergehende Notwendigkeit“ handele, die im Interesse der Leistungsfähigkeit der Werke

erforderlich sei. Das sei auch nicht weiter schlimm, denn tariflich sei ja der Achtstundentag erhalten geblieben.

Die Folgen zeigten sich bald. Von den damals etwa 150 000 im Bergbau Beschäftigten flogen über 60 000 auf Straßensplaster und waren teilweise monate- und jahrelang arbeitslos; zu Kosten der öffentlichen Fürsorge. Ein schwarzes Listen-system schlimmster Art hegte gewerkschaftlich anrühmige Arbeiter, ergebnislos Arbeit suchend, von Betrieb zu Betrieb. In den Betrieben selbst herrschte heute noch ein Antreiber- und Behandelungs-system nach Hilgerischem Muster.

Eine Bevorteilung der mit ungeheuren Werkmitteln begünstigten Werkvereine schufen ein Spießwehen und Heuchlerium unwürdiger Art. Die Werksobrigkeit feierte Siege.

Auf der anderen Seite stieg die Förderleistung erheblich; die Rationalisierung wurde fast reiflos durchgeführt und die Gewinne gestakelten sich glänzend. Die Führung der Arbeiter durch die Direktoren hatte sich glänzend bewährt:

Millionengewinne der Konzerne — unbefriedigendes Elend in den Reihen der erwerbslos gewordenen Bergarbeiter.

Eine teilweise einseitige Rechtsprechung gegen die Arbeiter tat ein übriges. Kein Wunder also, wenn sich jahrelang aufgelpochter Grimm einen Weg bahnte und auf

Beseitigung des ungeliebten Mehrarbeitsabkommens

drängte. Heute liegt nicht der Schatten eines sachlichen Grundes zur Beibehaltung der Mehrarbeit mehr vor. Eine Anzahl Gruben sind stillgelegt worden. In einigen Revieren liegen Hunderttausende von Tonnen Briketts auf Stapel und in fast allen Revieren beginnen schon jetzt wieder Betriebseinschränkungen und Einlegung von Feiertagen großen Umfanges. Die Riebeckischen Montanwerke haben obendrein schon jetzt mit Rassenentlassungen begonnen.

Andererseits sind die Betriebe finanziell vorzüglich fundiert, so daß ein etwaiger Widerstand der Arbeiter gegen die Beseitigung des derzeitigen Mißstandes ein und allein aus dem „Herrn-im-Haus“-Standpunkt abgeleitet werden könnte.

Das Abkommen ist gekündigt, es läuft am 31. Dezember ab. Von da ab tritt

das tarifvertragliche Verhältnis

in Kraft. Die Arbeitgeber haben zwar zu Verhandlungen eingeladen. Was sie damit bezwecken wollen, erscheint zunächst noch recht schleierhaft. In der Presse haben sie sich offenbar mangels jeglicher Argumente für die Verewigung des Mehrarbeitsabkommens völlig ausgeschwiegen.

Die sonst üblichen Phrasen vom „volkswirtschaftlichen Interesse“ sind abgebrochen. Das Reichsarbeitsministerium kann unmöglich mithelfen, den Stempel des Mehrarbeitsabkommens fortzusetzen. Die Unternehmer sind deshalb in einiger Verlegenheit, zumal auch die Geiseln und sonst so treuen Werkvereiner ebenfalls „rote Achtstundentagsstimmung“ bekommen haben.

Jedenfalls — die mitteldeutschen Bergarbeiter wollen ausnahmslos die Beseitigung des Mehrarbeitsabkommens, sie haben alle sachlichen, volkswirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Argumente für sich! Nur nackte gierige Profitlust, gewollte soziale Verständnislosigkeit und brutaler Machtmissbrauch auf der anderen Seite, kann noch länger dieses kulturwidrige „Abkommen“ verfechten. Die Zeit ist abgelaufen und die Ruhmstriebe der Braunkohlenwortkommen in Mitteldeutschland tun gut daran, sich endlich mit der tariflichen Arbeitszeit abzufinden.

gesehen müße. Inzwischen haben sich die Zustände infolge der großen Arbeitslosigkeit noch mehr verschlimmert. Die Ausbeutung ist gesteigert und das Elend ist größer geworden. Es ist höchste Zeit, daß endlich was geschieht. Denn die Ausbeutung der Heimarbeiter, wie sie jetzt betrieben wird, macht das Heim zur Hölle.

Feiertagsdienst bei der Reichsbahn.

Schlechter als früher.

Vor dem Kriege hatte im Bereiche der damaligen Preussisch-Hessischen Staatsbahnen jeder Bedienstete das Recht, an den hohen Feiertagen eine Dienstbefreiung von 32 Stunden zu verlangen. In anderen deutschen Staatsbahnverwaltungen war diese Feiertagspause zum Teil noch größer. Es konnte also jeder Bedienstete tatsächlich einen vollen Feiertag mit seiner Familie erleben.

Unter dem jetzt herrschenden System Siemens besteht selbstverständlich diese Anordnung nicht mehr. Während die Herren des Verwaltungsrates und der Hauptverwaltung sich ihre volle Feiertagsruhe nicht nehmen lassen, muß das gesamte Betriebspersonal an den Feiertagen den Dienst genau so planmäßig wahrnehmen wie an jedem anderen Arbeitstage.

Die Möglichkeit, dem überlassenen Personal einen Feiertag zu geben, besteht heute genau so wie in der Vorkriegszeit. Man will aber nicht, weil in diesem Falle das Wochenlohn von 56 Stunden nicht erreicht würde! Ganz rücksichtslos sind die 56 Stunden abzujagen. Es erfolgt lediglich eine Umschichtung dergestalt, daß insbesondere das Personal der Güterabfertigungen hauptsächlich in die Fahrkartenausgaben abkommandiert wird, ohne Rücksicht darauf, ob es hier gebraucht wird oder nicht. Die überlangen Arbeitszeiten von 16 bis 20 Stunden sollen eben unter allen Umständen schichtenmäßig herauskommen.

Besteht genügt dieser Hinweis, um zu veranlassen, daß mit dem heutigen System gebrochen und ein Feiertagsdienst eingerichtet wird, wie er in der Vorkriegszeit bestand und sich durchaus bewährt hat.

Achtstundentag, Produktion und Freizeit.

Der Zentralbericht der holländischen Arbeitsinspektion für das Jahr 1925 sagt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zu rationalerer Produktion führe. An Hand zahlreicher Beispiele kann gezeigt werden, daß die Produktion in wenigen Jahren im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiter um 50 bis 100 Proz. zunahm, ohne daß von den Arbeitern eigentlich mehr verlangt wird. Im übrigen herrscht der Eindruck vor, daß die holländische Industrie in bezug auf das Produktionsvermögen nicht hinter der ausländischen Konkurrenz zurücksteht. Die Forderungen für die Arbeiter sind durchaus günstig. Eine Erhebung betr. die Verwendung der Freizeit hat ergeben, daß sich die Lebensweise der Arbeiter in günstiger Richtung entwickelt hat. Der Bericht schreibt den in den letzten Jahren beobachteten günstigen Gesundheitszustand der Bevölkerung vor allem der Verkürzung der Arbeitszeit zu. Die erhöhte Arbeitskraft und im Zusammenhang damit der geringe Verlust an Arbeitstagen infolge von Krankheit haben ohne Zweifel die Lohnkosten herabgedrückt.

Aus diesem offiziellen Bericht geht demnach hervor, daß der Einfluß der verkürzten Arbeitszeit moralisch, hygienisch und materiell äußerst günstig ist.

Verlorene Arbeitstage.

Das britische Arbeitsministerium veröffentlichte kürzlich eine Uebersicht der auf Grund von Arbeitskämpfen (Streiks und Ausperrungen) in den Jahren 1910—1925 verlorenen Arbeitstage. Rekord verzeichnen auf die Jahre 1912 mit 40 890 000 und 1921 mit 85 872 000 verlorenen Arbeitstagen. Die Gesamtzahl für die Jahre 1920—1925 beläuft sich auf 159 352 000, wovon 98 438 000 auf die Kohlenindustrie entfallen. Im Jahre 1920 entfielen von 26,5 Millionen verlorenen Arbeitstagen 17,5 Millionen auf den Bergbau. Die entsprechenden Zahlen der nachfolgenden Jahre stellen sich wie folgt: 1921 85,8 und 72,9; 1922 19,8 und 1,3; 1923 10,6 und 1,2; 1924 8,4 und 1,6; 1925 7,9 und 3,7. In den Jahren 1922, 1923 und 1924 standen andere Industrien an der Spitze, d. h. die Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie sowie die Bauindustrie (1924).

Die Gesamtzahl der Arbeitskämpfe belief sich in den 6 Jahren 1920 bis 1925 auf 4873, von denen 1157 für die Arbeiter erfolgreich, 1645 zumungunsten der Arbeiter und 2071 mit einem Kompromiß endigten.

Die Gesamtzahl der während des Kohlenkonflikts im Jahre 1926 verlorenen Arbeitstage (bis November) beträgt 140 Millionen.

Nicht nur zum Vergleich mit diesen Ziffern, sondern allgemein wäre es recht nützlich, wenn die Arbeitsministerien der am Weltkrieg beteiligten Länder errechnen würden, wieviele Arbeitstage durch den Krieg ausgefallen sind und wieviele der ausgefallenen Arbeitstage außerdem mißbraucht worden sind zu kulturwiderlicher Produktion von Munition.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug in der am 6. Dezember schließenden Woche 1 506 300, das sind 10 233 mehr als in der vorhergehenden Woche und 3 450 433 mehr als vor einem Jahre. In der Gesamtzahl sind eingeschlossen eine Anzahl von Personen aus der Kohlenindustrie, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen unterstützungsberechtigt sind, während eine Reihe von anderen Personen, die die Arbeit im Kohlenbergbau noch nicht wieder aufgenommen haben, in die Zahl nicht eingeschlossen sind.

Das Heim zur Hölle.

Unmenschliche Ausbeutung in der Heimarbeit.

Mit der Arbeitslosigkeit hat auch die Heimarbeit wieder stark zugenommen. Bei den niedrigen Unterstützungssätzen sehen sich die Arbeiter genötigt, noch irgendwie etwas zuzuverdienen, damit das Elend im Hause nicht allzu groß wird. Gelingt es dem Mann nicht, eine Heimarbeit aufzutreiben, versucht es die Frau, die ja immer noch leichter etwas findet. Heimarbeit ist ja vorzugsweise Frauenarbeit, da es sich hier in der Hauptsache um Arbeiten handelt, die weniger Körperkraft, aber desto mehr Fingerfertigkeit erfordern.

Es bestehen leider keine Anhaltspunkte dafür, wie groß zahlenmäßig das Heer der Heimarbeiter ist. Sicherlich haben wir es mit vielen Hunderttausenden zu tun, denn es gibt ja Gegenden, in denen die ganze Familie heimarbeitet. Jetzt gerade zur Weihnachtszeit werden wir an die Heimarbeiter in Thüringen erinnert, die ihr Brot bei der Anfertigung von Spielfischen verdienen, wobei nicht nur die Frau und die erwachsenen Kinder, sondern auch die ganz kleinen mithelfen. Hier sind

75 Proz. der Bewohner über neun Jahre Heimarbeiter.

Nicht überall ist es so traurig mit den Heimarbeitern bestellt wie im Sonneberger Kreise, nichtsdestoweniger wird aber das Verdienen den Heimarbeitern im Erzgebirge, in Schlessien, in Baden und in Berlin nicht leichter gemacht. Auch hier überall die Erscheinung, daß sich die Arbeitskräfte nach Beschäftigung drängen, daß sie infolge Ausichtslosigkeit gezwungen sind, Arbeitsverdienstes jede Arbeit nehmen, die einen Verdienst abwirft. Es spielt dabei gar keine Rolle mehr, wann und wo die Arbeit getan werden muß, ob in der Nacht oder am Tage, ob in dunklen Kellerräumen oder in kalten Dachkammern.

Der Verdienst ist zumeist so gering, daß er knapp zur Bestreitung des notdürftigsten Lebensunterhaltes ausreicht.

Stundenlöhne von 3, 4, 5 und 6 Pfennigen

sind durchaus keine Seltenheit, wöchentliche Arbeitsverdienste von 8 bis 10 M. bei 14- bis 16stündiger Arbeitsverdienst gelten schon als hoch. Für die Herstellung von 1000 Papierautos gibt es 85 Pf., die Ausgaben betragen 40 Pf., so daß also ein Verdienst von 45 Pf. übrig bleibt. Die dazu erforderliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, so daß also der Stundenverdienst 4 Pf. beträgt.

Für das Nähen von ein Duzend Krawatten werden 35 Pf. gezahlt, für das Zuschneiden und Kleben von 50 Duzend Rundharmonikaetuis 3,50 M., für die Herstellung von 50 Paar Kameelhaarschuhe 8,70 M. und für Unterröcke pro Duzend 1,90 M.

Daß die Zustände so traurig sind, daran tragen die Arbeiter selbst ein großes Teil Schuld. Es würde nicht schwer sein, das Unternehmertum, das die Heimarbeiter ausbeutet, zu zwingen, andere Löhne zu zahlen, wenn die Heimarbeiter organisiert wären. Das vereinte Vorgehen würde Ergebnisse zeitigen, die unter allen Umständen zugunsten der Arbeiter ausfallen müßten. Damit würde auch erreicht werden, daß die Schmutzkonzurrenz unter den Heimarbeitern verschwindet. Das Unternehmertum wird sich solange herausnehmen, die schlechten Löhne zu zahlen und die Arbeiter schlecht zu behandeln, solange sie wissen, daß ihnen

keine organisierte Macht

gegenübersteht.

Doch all das hebt die maßgebenden Stellen nicht über die Pflicht hinweg, auch einmal von sich aus die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Heimarindustrie zu prüfen. Als im vergangenen Jahre die Heimarbeitsausstellung in Berlin stattfand, und dabei geradezu grauenhafte Elendsbilder aufgerollt wurden, wurde mehr als einmal davon gesprochen, daß etwas zur Beseitigung dieser Not

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sez. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6823, 6824
Filiale Westen, Wilmersdorf!
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzbur 9831
Ausstellungsräume und Lager:
Alexandersstr. 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Kölnigstadt 546
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
kauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführ. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit
Deutscher Republikanischer Reichsbund
Ortsgruppe Berlin
der Sammelpunkt der
demokratisch und sozial
eingestellten Republikaner
Anmeldungen nimmt entgegen und Aus-
kunft erteilt der ehrenämtl. Geschäfts-
führer
Bürgermeister Paul Heeslein, Berlin-
Lichterfelde-West, Horstensenstr. 40.
Besonders wertvoll sind die Kleiderarbeiten
in der Herbst- und Wintermode
billig!

Krause-Pianos zur Miete
W16, Ansbacherstr. 1
Krause-Pianos
zur Miete
W16, Ansbacherstr. 1
Krause-Pianos
zur Miete
W16, Ansbacherstr. 1

J. Baer, Berlin N20
Badstraße 26, Ecke Prinzenallee
Neuheiten
für
Herbst und Winter
in
Herren- u. Knabenmoden
Fertig und nach Maß
Joppen und Schlafröcke
Sport- und Berufskleidung
Trotz billiger Preise nur Qualitätsware
Nagepflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122

Soeben neu erschienen:
Kinderland 1927
Ein Märchenbuch für unsere Knaben und Mädchen. Ein schönes Geschenkbuch für den Weihnachtsfest. Reich illustriert mit Tiedruck- und Buchdruckbildern. Streubilder und Vignetten begleiten den Text. Die Umrahmungen des Kalendariums stellen den Kindern bekannte Märchen dar.
Preis des Buches 1.25 R.-Mark
Illustrierter sozialdemokratischer
Abreißkalender 1927
Ein reich illustrierter Familienjahrbuch. Jeder Tag des Jahres hat sein Bild. Aus der Vorderseite sind das Kalendariums und die Gedächtnis- untergebracht, die Rückseite enthalten statistische Angaben, Zitate, Gedichte, Sprüche. Die Rückseite ist in der 'Arbeits-Tiefdruck' hergestellt. In jeder Familie sollte dieser wichtige Kalender stehen.
Preis des Kalenders 2 R.-Mark
Zu haben in allen Vorwärts-Abbestellen, der Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., SW. 68, Linienstr. 2 und direkt von der Vorwärts Buchdruckerei, SW, Lindenstr. 3

Blumenspenden
über Art
Herrn preiszwei
Paul Gollets
ocum. 1000 New
Marianenstr. 3.
3. 000 Rummelstraße
1000. 1000.
Ausstellungen, geben
auf Namen adient
Nervöse
nehmen zur De-
rubierung der
Person folgert
Rezept:
1. 1. 1. 1. 1.
Baldrament
3 mal täglich
1/2 Teelöffel
Die natürliche Hei-
lung bei nervösen
Störungen, Herbe-
werden, unheil-
gem Schlaf etc.
Wohlgemacht,
aber nur bei echt
„Baldrament“
M. 1.50 u. 2.50 in
Druck u. 1000.
erhältl. 1000.
Einschreiben Berlin
60. 1000. 1000.

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74 75 1.
Porzellan
Tafel-Kaffee-
Tee-Service
gegen 12 Monatsraten
Rachitz 87
Berlin, Lichtenberg-
Str. 22
Neut Große 1-Pig. 1000.
Kapita-Kanabak
echt Kopenhagener Qualität
Wird nur in Papier verpackt geliefert
Verkaufsstellen überall, evtl. durch:
C. Röcher, Berlin, Lichtenberg-
Straße 22 u. Kölnigstadt 3661